



Troisdorfer-Info

S 13 kommt:

Lärmschutz und neuer Bahnhof für die Hütte



V.l. Sebastian Hartmann MdB, Achim Tüttenberg MdL und Ortsvorsteher Heinz Fischer

Dass sich das beharrliche Bohren auch dickster Bretter auszahlt, erweist sich beim Thema S 13. Die S-Bahnlinie Nr. 13, die bisher von Troisdorf zum Flughafen führt, soll vom Bahnhof auch in die andere Richtung bis Bonn-Oberkassel verlängert werden. „Dieses Mammut-Projekt mit einem Kostenvolumen von rund 500 Millionen Euro wird von Bund, Land und Bahn gemeinsam gestemmt und bietet für Troisdorf beträchtliche Vorteile“ erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Hartmann.

Zunächst einmal bringt die neue Linienführung erstklassigen Lärmschutz entlang der vorhandenen Bahnstrecke, vor allem in Troisdorf-West und Friedrich-Wilhelms-Hütte. Die bisherige metallene Siegbrücke der Bahn nahe der Schwarzen Kolonie auf der Hütte ist als Lärmschleuder seit vielen Jahren ein zunehmendes Ärgernis. Den anwachsenden Gütertransporten standen die Menschen auf der Hütte bis jetzt machtlos gegenüber.

Nun wird endlich der ersehnte Lärmschutz angepackt durch Neubau eines lärm-

armen Brückengleises und durch „Schall-Entdröhnung“ der alten Brücke. Während das gesamte S 13-Projekt angesichts der hohen Kosten sich über 12 Jahre hinziehen wird, soll der Lärmschutz für die Hütte in fünf Jahren verwirklicht sein. „Das ist für unseren Stadtteil ein Jahrhundertprojekt“, freut sich Ortsvorsteher Heinz Fischer (SPD).

Die S 13 bringt nämlich für Friedrich-Wilhelms-Hütte einen weiteren wertvollen Effekt. Der armselige Bahnhaltepunkt wird kräftig aufgewertet, erhält einen barrierefreien Zugang, einen ordentlichen Bahnsteig und elektronische Fahrgast-Informationen. „Alle 20 Minuten sind wir dann nach Köln und Bonn angebunden“, so Fischer.

Aber auch die anderen Bahnanlieger werden Nutznießer sein. In jedem Jahr bis 2022 sollen entlang von 2375 Metern mehr als 2000 Wohnungen mit schalldichten Fenstern und Lüftungen in Schlafräumen ausgerüstet werden. Warum überhaupt so viel Geld in unsere Region fließt, erklärt der Troisdorfer Landtagsabgeord-

nete Achim Tüttenberg. „Mehrere frühere Landesregierungen hatten kein sonderliches Interesse. Erst unter Hannelore Kraft wurde erkannt, dass wir die Wachstumsregion für NRW sind und in unsere Zukunft investieren müssen.“

Tüttenberg thematisiert die S 13 in Düsseldorf schon seit mehr als 10 Jahren. Mit Verkehrsminister Mike Groschek (SPD) bekam er den entscheidenden Verbündeten nicht nur für die Straße (EL 332), sondern auch für Schiene und Lärmschutz (S 13). „Die nächsten Jahre großer NRW-Investitionen werden Jahre für Troisdorf und Umgebung. Da werde ich jeden kleinen Schritt höchst aufmerksam beobachten, damit das große Ziel erreicht wird.“ ■

INHALT:

- Troisdorfer Kunst im NRW-Landtag 2
- Stadt will KITAS loswerden..... 3
- Mehrheit verweigert Erstattung des Elternbeitrags für die Streiktage.....3
- Turnhallen müssen schnellstmöglich wieder Turnhallen werden.....4
- Buslinie 551 nach Bonn 5
- Freies WLAN – Weshalb so zögerlich 6
- Fenster in der Europaschule werden saniert6
- Troisdorf braucht Wohnungs-Offensive..7
- EL 332: Alle ziehen an einem Strang.....7
- Stadtplanung geht in die falsche Richtung8
- Impressum: SPD Troisdorf
Jürgen Weller, Adolf-Friedrich-Str. 31,
53840 Troisdorf
www.spd-troisdorf.de

Troisdorfer Kunst im NRW-Landtag

60plus organisierte zwei Fan-Busse



Bei der Vernissage im Landtag Josef Hawle und Initiator Achim Tüttenberg, MdL.

Versprochen – gehalten: Bei einem zufälligen Treffen in der Fußgängerzone sprach der Spicher Künstler Josef Hawle den Troisdorfer SPD-Politiker Achim Tüttenberg auf die Möglichkeit einer Ausstellung seiner naiv-realistischen Gemälde im Düsseldorfer Landtag an. Bei 237 Abgeordneten mit zahlreichen Künstlern in ihren Wahlkreisen nicht so ganz einfach. Aber Tüttenberg schaffte es für Troisdorf und konnte zur Eröffnung einer wunderschönen Ausstellung rund 130 Gäste begrüßen. Die AG 60plus der Troisdorfer SPD organisierte gleich zwei Busse.

Viele Hände musste und wollte Künstler Josef Hawle dabei schütteln. Fast alle Teilnehmer kennen und mögen seine Bilder und ihr Besuch drückte große Wertschätzung aus. Josef Hawle freut sich sehr, dass auch die UNICEF in diesem Jahr wieder Motive von ihm als Spender-Grußkarten für Weihnachten anbietet. So reist Troisdorfer Kunst nicht nur ins Landesparlament, sondern rund um die Welt.

Achim Tüttenberg sprach in seiner Eröffnungsansprache die besondere Wirkung

von Hawles Bildern an. „Obwohl man diese farbige Traumwelt von Natur und menschlicher Gemeinschaft einfach genießen kann, können die Gemälde auch provozieren.“ Zum Beispiel all diejenigen, die diese Idylle beeinträchtigen oder bedrohen, provozieren die Bilder zum Umkehren und Einsteigen.

„Und wir alle sollten uns provoziert fühlen zu überlegen, was wir tun können, um die schönen Landschaften und Ortskerne zu bewahren. Es nicht dem Zufall überlassen, ob es schon irgendwie gut geht, sondern sich engagieren für das eigene Lebensumfeld.“

Übrigens, Hawle-Kunst ist nicht nur in Ausstellungen ein Genuss. Josef Hawle malt auch persönliche Wunsch-Objekte. Im historischen Troisdorfer Burghof, der Geschäftsstelle der SPD Rhein-Sieg, hängt ein Gemälde von diesem Denkmal aus dem Jahre 1778. Achim Tüttenberg: „Hawle ist in Bayern geboren, hat sich im Rheinland als naiv-realistischer Maler entdeckt und ist heute ein prominenter Troisdorf-Botschafter.“ ■

Gegendarstellung

Die Fraktion REGENBOGEN-PIRATEN im Rat der Stadt Troisdorf hat uns mit Schreiben vom 15.7.2015 zum Abdruck nachfolgender Gegendarstellung aufgefordert.

„Die Fraktion REGENBOGEN-PIRATEN im Rat der Stadt Troisdorf ist nicht Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Troisdorf und hat somit einen Antrag der So-

zialdemokraten auf Erstattung der KiTa-Gebühren an Eltern für Streiktage nicht abgelehnt. Auch lag kein gleichlautender Antrag der SPD in einer Sitzung des Rates der Stadt Troisdorf vor.“

Anmerkung:

Tatsächlich sind die Regenbogenpiraten nicht Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Troisdorf. Hier ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen, den wir bedauern.

Die SPD Fraktion hatte dagegen sehr wohl zu der Sitzung des JHA am 20.5.15 einen derartigen Antrag gestellt, der zusätzlich bereits einen Tag vorher in der Sitzung des Hauptausschusses laut Protokoll in die Tagesordnung aufgenommen werden sollte.

Abschließend hat der Rat in seiner Sitzung vom 1. Dezember 2015 mit 28 zu 23 Stimmen die Erstattung der Elternbeiträge abgelehnt. ■

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

wer gedacht hatte, dass mit der Erhöhung der Grundsteuer, der Erhöhung der Kita-Gebühren, der Erhöhung der Essenszuschüsse in den Ganztageseinrichtungen der Stadt und anderen Erhöhungen, auf die die Stadt Einfluss hat, die Finanzsituation in Troisdorf stabilisieren würde, hat sich gründlich geirrt.

Nach der Sommerpause ließ der neue Kämmerer die Katze aus dem Sack und verhängte eine Haushaltssperre für den

Rest des Jahres 2015. Dieses hatte sofort Auswirkungen auf alle öffentlichen Einrichtungen unserer Stadt. Keine freiwillige Leistung durfte mehr getätigt werden und alle Jahresplanungen waren null und nichtig. Trauriger Höhepunkt war die Auseinandersetzung um die Weihnachtsbäume in den Stadtteilen. Nur dem persönlichen Einsatz von Vereinen, privaten Personen und vor allen Dingen durch die Ortsvorsteher, ist es zu verdanken, dass in allen Stadtteilen auch diesmal Weihnachtsbäume aufgestellt wurden.

Wie sich die Situation in diesem Jahr darstellen wird, ist noch vollkommen offen. Und es wäre noch viel schlimmer, wenn

nicht von Seiten des Landes und des Bundes die Kommunen finanziell besser gestellt würden. Zur Erinnerung: Im Land und im Bund regiert die SPD mit.

In diesem Sinne wünsche ich allen Troisdorfern ein gutes und erfolgreiches Jahr 2016.



Jürgen Weller
Vorsitzender der SPD Troisdorf

Stadt will KITAS loswerden

SPD gegen Discount Kitas

Derzeit sucht die Stadtverwaltung in einem Interessenbekundungsverfahren freie Träger der Jugendhilfe, die bereit sind mittelfristig eine oder mehrere städtische Kitas zu übernehmen. Im Klartext heißt das: man will sich von möglichst vielen der 28 städtischen Kindertageseinrichtungen trennen und sucht dafür neue Träger.

Jürgen Busch, stellv. Fraktionsvorsitzender: „Neue Träger bedeuten für Kinder und Eltern neue Bezugspersonen, geänderte Öffnungszeiten, andere Gruppenstrukturen und möglicherweise veränderte pädagogische Konzepte.“ Auf all dies haben die SPD Vertreter im Jugendhilfeausschuss hingewiesen und gegen den Verwaltungsvorschlag gestimmt, doch für die christlich-grüne Mehrheit waren es keine zwingenden Argumente.

Sie folgten der Argumentation der Stadtverwaltung und wollen „alle pflichtigen und freiwilligen Leistungen der Stadt einer tiefgreifenden Aufgabenkritik unterziehen und systematisch Einsparpotentiale prüfen und nutzen.“ Mit anderen Worten muss das Geld, das für Stadthalle und andere Prestigeobjekte ausgegeben wurde, jetzt wieder reingeholt werden. Dabei wird mit zweierlei Maß gemessen. So begründet die Verwaltung, dass die regelmäßigen Ausgaben für Kindergärten deutlich über dem liege, was durch Zuschüsse von Land und Bund sowie Elternbeiträge gedeckt werden kann. Offensichtlich will die Mehrheit um Bürgermeister Jablonski Vorschulerziehung zum Nulltarif für die Stadt.

Mit der Übertragung an freie Träger will die Verwaltung aber auch die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen loswerden, die im vergangenen Sommer an den Streikmaßnahmen beteiligt waren. Sie bezeichnet Troisdorf als „Streikhochburg“ und versteckt sich hinter einer nicht spezifizierten Zahl anonymer Elternbeschwerden. Busch: „Wer den Elternwillen achtet, muss die Eltern jetzt danach fragen, ob sie einen Wechsel an einen noch nicht bekannten Träger wünschen.“ Das wird die SPD-Fraktion weiterhin fordern und zusätzlich erneut einen pädagogischen Kriterienkatalog für alle Einrichtungen verlangen. Denn Vorschulerziehung darf nicht zur Billigware in einer pädagogischen Discount KITA werden.

Nachdem in der jüngsten Sitzung des



Keinen Trägerwechsel, keinen Erzieherwechsel und keine Änderung bewährter pädagogischer Ausrichtung für die Kita-Kinder.

Jugendhilfeschusses ca. 80 Erzieherinnen in Begleitung von Verdi-Vertretern erschienen waren, haben der zuständige Dezernent Heinz Eschbach und das Ju-

gendamt wohl kalte Füße bekommen. Jetzt rudern sie zurück und sprechen von eventuell 5 Einrichtungen, die umgewandelt werden sollen. ■

Mehrheit verweigert Erstattung des Elternbeitrags für die Streiktage

Stellen sie sich vor, sie bezahlen eine Leistung oder eine Ware und anstelle des gewünschten Produktes erhalten sie die Information, dass sie nichts bekommen. Leider kann man ihnen auch den Kaufpreis nicht erstatten, man versichert jedoch im kommenden Jahr das Angebot zum gleichen Preis anzubieten, obwohl eigentlich eine Verteuerung um 13 Prozent notwendig wäre. Wenn sie das ungerecht finden, ihr Geld zurück wollen oder zumindest das Gefühl haben mit dem nicht erstatteten Betrag doch schon einen Teil der angeblich notwendigen aber nicht vollzogenen Anhebung gezahlt zu haben, über den Tisch gezogen worden zu sein oder... dann sollten sie

keine Geschäfte mit der Stadt Troisdorf machen. Es sei denn, sie haben ein Kita-Kind und sind dringend auf Betreuung angewiesen. Alle beitragspflichtigen Eltern von KITA und TROGATA Kindern haben im vergangenen Jahr diese Erfahrung gemacht. Während der vier Streikwochen gab es keine Betreuung in den KITAS und TROGATAS. Eltern mussten bezahlen oder unbezahlter Urlaub nehmen, Verwandtschaft von außerhalb anreisen lassen, kurzfristig teuren Ersatz anheuern und Eine Erstattung der gezahlten Beiträge lehnten Bürgermeister Jablonski und CDU Chef Biber mit Mehrheit ab. Die SPD Fraktion hatte die Erstattung gefordert und wurde überstimmt. ■

AsF Troisdorf zum elften Mal dabei: Lesung „Ein Buch für die Stadt“ mit Rafik Schamis Roman „Eine Hand voller Sterne“

Wie in den Jahren zuvor beteiligte sich die AsF Troisdorf und Rhein-Sieg wieder an der Leseaktion des Kölner Stadtanzeigers „Ein Buch für die Stadt“. In den Räumen der Troisdorfer Stadtbibliothek stellten Ursula Gliss-Dekker, Herbert Schübel und Yvonne Andres den spannenden und häufig humorvoll wiedergegebenen Werdegang eines jungen syrischen Bäckersohns vom Schüler zum Journalisten vor. Und während das politische Erwachen des Jungen in die Zeit der Diktatur des Hafiz al Assad, Vater des gegenwärtigen syrischen Diktators Baschar al Assad, fällt, spiegelt das Buch auf geniale Weise die Bedrückungen durch die gegenwärtige Diktatur wider. Der Autor des Tagebuch-Romans ist der syrische Schriftsteller Rafik Schami, der seit 1971 in Deutschland lebt und arbeitet und als promovierter Naturwissenschaftler

an der Universität zu Köln einen Lehrstuhl inne hat. Held aller Tagebucheintragungen ist Onkel Salim, der Bruder des Vaters. Onkel Salim ist der Erwecker des jungen Erzählers, der sich eines schwört: Ich werde nie ein Bäcker! Und: Ich will Journalist werden! Ein gefährlicher Wunsch in einem Land voller Geheimdienste und Foltergefängnisse. Von den ersten Tagebucheintragungen bis zur „Sockenzeitung“, in der Berichte über die wahren Geschehnisse im Land subversiv unters Volk gebracht werden, ist es ein aufregender und spannender Weg.

Ursula Gliss-Dekker sorgte – wie immer – bei dieser Lesung um atmosphärische Authentizität, indem sie Reisebilder des Troisdorfer Ehepaars Goerentz aus einem 1996 noch unzerstörten Syrien als Dia-

show an die Wand werfen ließ. Harter Kontrapunkt zu diesen heute vielfach verlorenen Schönheiten antiker Kunstschatze und Architekturen waren die Fotos, die die junge Troisdorfer Kurdin Jinda Aterman anschließend an die Wand warf: Flüchtlingscamps im Nirgendwo bei Sonne und Schnee. Die Bilder ihrer Mitarbeit bei den Grünhelmen von Dr. Rupert Neudeck machten deutlich, warum die Menschen flüchten.

Zur Pause gab es für die 50 Zuhörer neben vielen interessanten Gesprächen orientalischen Tee und Baklama. Eine spontane Kollekte zugunsten der Arbeit der Grünhelme ergab eine Summe von 330 Euro. Sie sollen den Menschen in den nordirakischen oder syrischen Flüchtlingslagern in irgendeiner Weise zu Gute kommen. ■

Turnhallen müssen schnellstmöglich wieder Turnhallen werden.



Neben der Dreifachhalle in Sieglar sind im gesamten Stadtgebiet Turnhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt.

Mit einem Antrag an den Rat wollte die SPD-Fraktion eine verbindliche zeitliche Planung erreichen, mit der die derzeit als Notunterkünfte genutzten Turnhallen in Troisdorf schnellstmöglich wieder ihrer eigentlichen Funktion zugeführt werden können. Dem wollte sich die Ratsmehrheit so nicht anschließen.

Dabei ist allen Beteiligten klar, dass die derzeit hohe Bereitschaft der Bevölkerung, sich der Flüchtlinge anzunehmen

und sie menschenmöglich zu unterstützen, auch davon abhängt, wie sehr die öffentliche Hand „beweist“, wie sie das Problem lösen kann. Zum Glück gibt es in Troisdorf keine unhaltbaren Zustände wie beispielsweise in Berlin beim LaGeSo. Aber die Erwartung ist da, dass eine vergleichsweise wohlhabende Stadt wie Troisdorf in der Lage sein muss, Turnhallen tatsächlich nur vorübergehend zur Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Anzuerkennen ist, dass die Sozialverwaltung der Stadt Troisdorf aufopferungsvoll daran arbeitet, Flüchtlinge zu versorgen und zu betreuen. Leer stehende Wohnungen und Häuser werden gekauft oder angemietet – aber das reicht nicht, um die Notunterkünfte in den Turnhallen zu leeren. Es müsste also mehr geschehen und es müsste schneller geschehen.

Genau an dieser Stelle setzt die Kritik der SPD an. Warum werden nicht auch leer stehende Betriebe genutzt? Warum wird nicht ein schnelles Bauprogramm initiiert? Warum werden nicht umfassend die finanziell attraktiven Möglichkeiten des sozialen Wohnungsbaus genutzt, die nicht nur Flüchtlingen sondern allen Menschen zu Gute kommen, die bezahlbaren Wohnraum suchen?

Es gibt also noch Lösungsansätze jenseits dessen, was heute schon geleistet wird. Eine Stadt wie Troisdorf in einem reichen Land wie Deutschland muss in der Lage sein, Unterkunft zu vernünftigen Bedingungen für alle zu schaffen. Turnhallen als Notunterkünfte können immer nur eine vorübergehende Notlösung sein.

Flüchtlingskrise hin oder her: Eine der stets vorhandenen Herausforderungen zur Bewältigung der Zukunft wird stets die gute Ausbildung unserer Kinder sein. Und dazu gehört eben auch ein vernünftiger Sportunterricht. ■

Und Bonn bewegt sich doch . . .

Buslinie 551 nach Bonn am Wochenende mit einjähriger Verspätung realisiert



Bereits am 5. April 2011 brachte die Eschmarer SPD-Stadtverordnete Yvonne Andres den ersten Antrag ein, die Buslinie 551 von Troisdorf nach Bonn Hbf auch an Sonn- und Feiertagen in direkter Verbindung fahren zu lassen. Bis zum 12.12. 2015 war das südliche Troisdorf (Oberlar, Kriegsdorf, Sieglar, Eschmar, Müllekofen und Bergheim) am Wochenende vom

Oberzentrum Bonn im ÖPNV abgeschnitten. Für eine Busfahrt knapp unter einer halben Stunde hätten die Bürger ab Samstagabend über Siegburg (Umsteige in Stadtbahn Linie 66) nach Bonn fahren müssen. Was mit dem Auto vielleicht 15 Minuten dauert, hätte so pro Fahrt ca. 90 bis 120 Minuten gebraucht. Indiskutabel für eine Metropolregion, wie sie der

Rhein-Sieg-Kreis und Bonn nun einmal darstellt. Nachdem ein zweiter Antrag von Yvonne Andres im Jahre 2014 auch im Kreistag angenommen wurde und die zuständige RSVG (Rhein-Sieg Verkehrsgesellschaft) mit ins Boot geholt werden konnte, sollte mit Beginn des Winterfahrplans 2014 endlich der Startschuss fallen für eine Umsteige freie Direktverbindung der Buslinie 551 Troisdorf-Bonn und zurück (wie wochentags).

Aber leider war die Rechnung ohne die Stadt Bonn gemacht worden. Die Stadtwerke Bonn, Partner der RSVG auf Bonner Stadtgebiet, konnten ohne grünes Licht im Rathaus nicht so, wie sie vielleicht gerne wollten. Bonn weigerte sich, die sonntäglichen Zusatzkosten für den Bus zu tragen und verschob das Thema in die Zukunft.

Erst im Herbst 2015 signalisierte der Troisdorfer SPD-Landtagsabgeordnete Achim Tüttenberg den Troisdorfern grünes Licht. Bonn hat sich bewegt! Zum Winterfahrplanwechsel am 13.12.2015 fährt die Linie 551 samstags halbstündlich (ab ca. 20 Uhr bis ca. 2.00 Uhr stündlich) und sonn- und feiertags stündlich (bis 0.00 Uhr).

Die neuen Fahrpläne sind über die RSVG zu erhalten. ■

Neuer Vorstand, Altes Ziel: Gute Politik

Am 2. Dezember 2015 wählten die Jusos Troisdorf einen neuen Vorstand. Jonas Matz löste dabei Marco Friederich als Vorsitzenden ab, der sich nicht wieder zur Wahl stellte. Ersterer erklärte, er wolle die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers weiterführen. Dabei stehen ihm zukünftig Daniel Uhrig als Geschäftsführer und Silan Zorlu als Kassiererin tatkräftig zur Seite. Komplettiert wird der Vorstand schließlich durch die Beisitzer Regine Kramer und Ron Jascha Manner. Nach der Wahl bedanke sich Jonas Matz beim alten Vorstand für die hervorragende Arbeit des vergangenen Jahres. ■



TRADITIONELLES FISCHESSEN

Freitag, 12.2.2016, 18.00 Uhr
Aula Realschule Heimbachstraße, Troisdorf

Prof. Dr. Brigitte Mandt
Präsidentin des Landesrechnungshofs

Fischbuffet zum Preis von 12,00 €
Anmeldung bis zum 5.2.2016:
Tel. 02241-805137, Fax 02241-978070
E-Mail: service@spd-troisdorf.de



Freies WLAN - Weshalb so zögerlich?



Kein schnelles Netz wegen lahmer Verwaltung.

„Freies WLAN in der City“ – Troisdorf ist auf einem guten Weg zur digitalen Stadt“: So lautet die aktuelle Schlagzeile in einer Werbezeitung, abgerundet mit einem schönen Farbfoto unseres Bürgermeisters.

Auch hier gilt der Grundsatz, dass man Werbeaussagen nicht trauen sollte.

Anlass für diese Skepsis ist die Reaktion der Verwaltung auf eine Nachfrage der SPD-Fraktion, ob die vorhandenen Flüchtlingsunterkünfte nicht rasch und unbürokratisch mit einem freien WLAN-Anschluss ausgestattet werden könnten.

Angesichts der geringen Kosten hätte man erwartet, dass hier noch kurz vor dem Wochenende ein paar Router gekauft und eingestöpselt werden, mehr

Aufwand entsteht bei dem hier verwendeten Freifunk-System nämlich nicht. Stattdessen dann die ernüchternde Antwort, in der von Kosten, Bewertung der Risiken und allerlei Bedenken die Rede war, nur nicht von einem Einfachen „machen wir bzw. haben wir schon erledigt“.

Auch ein anschließender Antrag der SPD-Fraktion im Stadtrat, die öffentlichen Gebäude der Stadt mit WLAN- Routern auszustatten, wurde mit einem windelweichen „demnächst irgendwann“ beantwortet, man habe jetzt zunächst die Priorität, Geschäftsleute zur Installation der WLAN-Router von Freifunk zu motivieren.

Nach Auffassung des stellv. Fraktionsvorsitzenden, Frank Goossens, verpasst die Verwaltung hier die Chance, Vorreiter einer sicher kommenden Entwicklung zu

werden. Der Blick ins Ausland zeigt, dass wir in absehbarer Zeit erleben werden, dass ein überall verfügbares freies WLAN-Netz ebenso selbstverständlich sein wird, wie asphaltierte Straßen oder das Vorhandensein einer Straßenbeleuchtung. Deshalb stellt sich Goossens die Frage: „Weshalb so zögerlich?“

An den Kosten kann es nicht liegen, diese belaufen sich auf ca. € 20,00 pro Router, der im Übrigen von den Freifunkern anschlussfertig vorbereitet ist und erforderlichenfalls auch installiert wird.

Frank Goossens befürchtet, die Antwort lautet in Wirklichkeit: „Weil die SPD es vorgeschlagen hat und es jetzt so aussieht, als wäre sie uns in diesen Dingen einen Schritt voraus“. Deshalb so zögerlich! ■

Lösung für Oberlar

Nachdem die Vollsperrung der Bahnunterführung die Sieglarer Straße über Monate abgekoppelt hat und viele Geschäftsleute in größte Schwierigkeiten gebracht hat, muss jetzt das integrierte städtebauliche Konzept für Oberlar her. Die Planungen dürfen nicht zum Stillstand kommen.

Wir brauchen wieder eine attraktive Sieglarer Straße, in der man sich gerne aufhält und natürlich auch mit geringerer Geräuschbelastung. Flüsterasphalt und Tempo 30 sind Lösungsvorschläge. ■

Fenster in der Europaschule werden saniert

Zum Jagen getragen werden musste die Ratsmehrheit im Fall der Fenster in der Europaschule. Sie werden jetzt endlich saniert, nachdem sich Verwaltung und Ratsmehrheit viel zu lange in der Angelegenheit geziert hatten.

Zur Erinnerung: im Jahre 2013 war in der Europaschule beim Öffnen eines Fensters dasselbe einfach aus dem Rahmen gefallen. Bis die städtischen Gremien davon erfuhren, verging fast ein Jahr. In der Zeit wurden defekte Fenster verschraubt oder anderweitig „gesichert“, was aber in vielen Fällen die Konsequenz hatte, dass die Fenster nicht mehr geöffnet werden konnten. In den Haushaltsplanberatungen des Jahres 2014 forderte die SPD,

dass die defekten Fenster umgehend repariert werden und dafür entsprechend Mittel bereitgestellt werden sollten. Für einen entsprechenden Antrag gab es keine Mehrheit im Rat. Begründung: Alles ist sicher, nichts kann passieren und es gibt Wichtigeres. Mittel zur Sanierung der Fenster wurden für das Jahr 2017 in Aussicht gestellt.

Im Frühjahr 2015 gab es eine weitere Anfrage bezüglich Funktionsfähigkeit der Fenster und Konsequenzen hinsichtlich Belüftung der Klassen oder Fluchtwege. Es gab wieder nur Hinweise, dass man das Problem sehe, aber eben keine Mittel im Haushalt zur Verfügung stünden.

Im Herbst 2015 legte die Landesregierung NRW ein Investitionsförderprogramm für Kommunen auf und endlich hatte die Ratsmehrheit ein Einsehen und beschloss, die Fenster vorzeitig zu sanieren. Ende gut, aber eben nicht alles gut. Es bleibt der Beigeschmack, dass erst das Land die finanziellen Voraussetzungen der Sanierung schaffte und dass die Ratsmehrheit per Haushaltsplan lieber für die Organisation von Märkten, die Durchführung eines City-Marketing, die Einrichtung diverser Stabsstellen oder die Neugestaltung der Umgebung von Stadthalle und Rathaus Millionen im Haushalt einstellte, anstatt für Sicherheit und Wohlergehen der Schülerinnen und Schüler der Europaschule. ■

Troisdorf braucht Wohnungs-Offensive

Rentner, Alleinerziehende, Junge und Flüchtlinge im selben Boot



Eine Balance zwischen staatlichen Leistungen und privatem Wettbewerb sorgt dafür, dass Verbraucher zu einigermaßen erschwinglichen Preisen Zugang zur Daseinsvorsorge in Form von Wasser, Wärme und Strom haben, zu medizinischen Leistungen, zum öffentlichen Nahverkehr und auch zu TV und Telekommunikation. Dagegen wird die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum immer schwieriger.

Gerade entlang der Rheinschiene zwischen Bonn und Düsseldorf wächst die Bevölkerung, aber der Wohnraum

wächst nur unzureichend mit. Während Gutverdienende meist nur wenige Probleme haben, sich unter dem reizvollen Angebot an hochpreisigem Wohnraum zu bedienen, haben Troisdorfer Rentnerinnen, Alleinerziehende, Menschen mit befristeter Beschäftigung oder in Zeitarbeit oder auch ganz junge Leute auf der Suche nach der ersten Wohnung größte Schwierigkeiten. Deshalb fordert die SPD eine Wohnungs-Offensive für Troisdorf.

Warum: Seit 15 Jahren wird preisgebundener Wohnraum in Troisdorf zunächst stiefmütterlich behandelt und dann

sogar bewusst politisch blockiert. Merkwürdig: Während die rot-grüne Landesregierung gerade erst den Mangel dokumentiert und eine Mietpreisbremse für Troisdorf beschlossen hat, schweigen CDU und Grüne den Mangel einfach tot, obwohl dies auch eine klassische kommunale Herausforderung ist.

Barrierefreies Wohnen im Alter auch für Troisdorfer mit kleiner Rente – das wird in Zukunft noch viel dringender. Deshalb müssen heute die Weichen gestellt werden. Das Land bietet seine Wohnungsbauförderung mit 0-0,5 % Zinsen zuzüglich Tilgungszuschüssen an. Besser geht's nicht mehr. Man muss jetzt einfach entscheiden, Mittel abrufen, bauen. So sehen es auch die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, der Mieterbund und die Gewerkschaften, die erst Ende November eine feste Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau in Troisdorf gefordert hatten.

Schnelles schlüsselfertiges Bauen aus dem Sonderprogramm des Landes muss bewirken, dass Troisdorfer Turnhallen wieder den Schulen und Vereinen zurück gegeben werden können. 1000 Flüchtlinge sind nach Troisdorf gekommen, 2015 wurden lächerliche 30 Sozialwohnungen gebaut. In welche Wohnungsmisere treibt Bürgermeister Jablonski unsere Stadt?

Moderner durchmischter sozialer Wohnungsbau mit Super-Konditionen des Landes NRW – warum fließen die Mittel an Troisdorf vorbei? Wieso verschwenden CDU und Grüne hochwertige Flächen in der Innenstadt für Luxuswohnungen, die sich 90 % der Troisdorfer Bürger nicht leisten können? Dabei sind die Landesmittel für preisgebundenen Wohnraum fast geschenkt.

Rund 5000 Stadteinwohner haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein für preisgebundenen Wohnraum. Die Zahl solcher Wohnungen sinkt aber sogar, weil altersbedingt mehr aus der Bindung herausfallen, als neue gebaut werden. In den kommenden 20 Jahren wird die Zahl der Wohnungen mit Bindung in Troisdorf um 20 % zurückgehen, die Zahl der Menschen mit Anspruch auf eine solche Wohnung demgegenüber um 20 % steigen. So werden Wohnungssuchende letztendlich aus der Stadt verdrängt. So geht soziale Spaltung, sehr geehrter schwarz-grüner Stadtrat! ■

EL 332: Alle ziehen an einem Strang

Zahlreiche lobende Worte erreichten den Troisdorfer SPD-Landtagsabgeordneten Achim Tüttenberg nach seinem erfolgreichen Einsatz auch für den 2. Abschnitt der Ortsumgehung EL 332. angesichts der landesweiten Rückführung der Mittel für neue Landesstraßen – Erhalt bekommt immer mehr Vorrang – ist es in der Tat als ein Meilenstein zu werten, dass mit dem Jahresbauprogramm 2016 sowohl der Eschmarer als auch der komplette Sieglarer Teil der EL 332 auf LOS geschaltet wurden.

Tüttenberg freut sich darüber, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

NRW-Verkehrsminister Groschek (SPD), Staatssekretär Horst Becker (Grüne), aber auch die anderen Fraktionen stehen dahinter und lassen keinen Zweifel an der Absicht aufkommen, dieses wichtige Doppelprojekt zur Entlastung Tausender Anwohner in Eschmar und Sieglar zu verwirklichen.

„Durch den dicken Batzen von 5 Millionen Euro in diesem Jahr sind wir imstande, den ersten Abschnitt von der Sieglarer Rathausstraße bis zur Eschmarer Chaussee im kommenden Jahr fertigzustellen. Und dann kommt der zweite an die Reihe.“ ■

Stadtplanung geht in die falsche Richtung

In der letzten Ratssitzung wurde ein neuer Flächennutzungsplan für Troisdorf verabschiedet. Er beschreibt in groben Zügen wie sich die Planungen in der Stadt in den nächsten 10-15 Jahren entwickeln sollen.

Obwohl die SPD-Fraktion zahlreiche Einzelverbesserungen durchsetzen konnte, hat sie am Ende dem Gesamtplan nicht zugestimmt. Das liegt insbesondere darin begründet, dass an einigen Stellen in Troisdorf Wohnbebauung aufkommen soll, die dort nach Ansicht der SPD nicht hingehört. Zu große Nähe zu Hochspannungsleitungen oder zur Autobahn, eine absehbar unzureichende verkehrliche Erschließung oder entgegenstehende Planungen des Landes werden von der Ratsmehrheit bewusst ignoriert. Schon jetzt vorgetragene Einwände wurden beiseitegeschoben. Dabei ist das Problem klar. Auch bei allen Anstrengungen in bereits bebauten Gebieten zusätzlichen

Wohnraum entstehen zu lassen, wird man angesichts der demographischen Entwicklung nicht umhin kommen, auch neue Baugebiete auszuweisen. Deshalb ist es so wichtig, dass diese Gebiete von einem allgemeinen Konsens getragen werden, damit schnellstmöglich dringend benötig-

ter zusätzlicher Wohnraum entstehen kann. Mit ihren Entscheidungen zum Flächennutzungsplan hat die Ratsmehrheit sich festgelegt, nötigenfalls gegen die Interessen Betroffener zu handeln. Ob das für eine schnelle, erfolgreiche Planung im Einzelfall hilfreich ist, wird sich zeigen. ■



Wohnen am Stadtrand: Unter Hochspannungsleitungen neben der Autobahn, das beschließen CDU und Grüne.

SPD-Fraktionsspitze für Erhalt der Verbraucherzentrale

Auf die sogenannte „Konsolidierungsliste“ ist die Verbraucherberatung am Kölner Platz in Troisdorf geraten. Diese Liste, erstellt von Politikern der Ratsmehrheit, enthält Vorschläge, an welchen Stellen man zukünftig sparen könnte. Und in dieser Liste wird nun eben vorgeschlagen, den städtischen Zuschuss zur Verbraucherzentrale komplett zu streichen, was faktisch das Ende deren Arbeit bedeuten würde.

Deshalb besuchten die stellvertretende Bürgermeisterin Angela Pollheim und der Fraktionsvorsitzende der SPD Harald Schliekert, die Verbraucherberatung, um sich vor Ort darüber zu informieren, ob es sich Troisdorf tatsächlich leisten kann, auf diese Einrichtung zu verzichten. In einem langen Gespräch betonten die Regionalleiterin der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen Beate Fackeldey und die Leiterin der Beratungsstelle, Sabine Wolter-Baade, die Wichtigkeit der Arbeit gerade für Troisdorf. Weit über 6000 Ratsuchende lassen sich pro Jahr

von Fachleuten der Verbraucherzentrale beraten. Die häufigsten Fragen betreffen Finanzen, allgemeine Dienstleistungen, Telefon und Internet, Gesundheit und Energie. Darüber hinaus konnten fast 2000 Veranstaltungskontakte gezählt werden. Ein Großteil der Ratsuchenden kommt aus Troisdorf und es sind überwiegend Menschen, die sich professionel-

len Rat, beispielsweise durch Rechtsanwälte, nicht leisten können.

Aus Sicht von Angela Pollheim und Harald Schliekert überzeugende Argumente dafür, den Betrieb der Verbraucherzentrale aufrecht zu erhalten. Den Vertreterinnen der Einrichtung sagten sie die Unterstützung der SPD-Fraktion zu. ■



Zu Besuch bei der Verbraucherzentrale: v.r.n.l. Angela Pollheim, Sabine Wolter Baade, Beate Fackeldey und Harald Schliekert